

**Seit bald  
20 Jahren bringen  
Pfadfinderinnen und  
Pfadfinder zu  
Weihnachten das  
Friedenslicht aus  
Betlehem in unsere  
Gemeinden.**

**Das Licht, das in  
der Geburtsgrötte  
in Betlehem entzündet  
und dann in ganz  
Europa und darüber  
hinaus weitergereicht  
wird, ist längst zu  
einem besonderen  
Symbol in der  
Weihnachtszeit  
geworden.**

## FRIEDENSLICHT AUS BETLEHEM



- In dieser Ausgabe**
- Deutsche EU-Ratspräsidentschaft
  - Staatliche Geldschneiderei
  - Zusätzliche Belastungen 2007
  - Entscheidungen zur Gesundheitsreform
  - Aus den Landesverbänden

## EDITORIAL

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vorab bittet die Redaktion GÖD FORUM alle Leser um Nachsicht. Unser Kollege Wolfgang Schneider ist zwei Tage vor Allerheiligen bei einer dienstlichen Fahrt für die GÖD von Berlin nach Bonn mit seinem Auto verunglückt, und musste am Knie operiert werden. Das war genau der Zeitpunkt für die letzten Arbeiten am GÖD FORUM 3/2006, das spätestens um den 1. November herum hätte auslaufen sollen. Bis sich das Ereignis herumgesprochen hatte, und das GÖD FORUM fertig gestellt werden konnte, die CD mit den Verteileradressen beschafft, und der Druck erfolgen konnte verging Zeit. Schließlich blieben die gedruckten Exemplare aus nicht geklärten Umständen noch eine Woche in der Druckerei liegen, bis der Versand in Berlin dann mit etwas über drei Wochen Verspätung erfolgte. Wir bitten dieses Missgeschick zu entschuldigen. Wir wünschen unserem Kollegen Wolfgang Schneider alles Gute zu seiner Genesung. Er wird voraussichtlich im Januar 2007 wieder seine Arbeit für die GÖD in Berlin aufnehmen können.

Die Gesundheitsreform bleibt immer noch im Blickpunkt, sie wird Anfang des Jahres 2007 durch die parlamentarischen Gremien ihren Weg nehmen. Mittlerweile stellt man sich die Frage: Wenn alle Beteiligten, von den Krankenkassen, über die niedergelassenen Ärzte, bis zu den Apothekern, und die Krankenhäuser schärfste Kritik daran üben, oder gar in Massen mit Trillerpfeifen und Transparenten auf die Straße gehen, dann könnte diese Reform für die Versicherten doch gar nicht so schlecht werden? Oder führt diese Reform, so wie die Einzelheiten jetzt bekannt geworden sind, geraden Weges in ein Chaos des deutschen Gesundheitswesens? Viele unserer GÖD Mitglieder arbeiten im Gesundheitswesen, insbesondere in Krankenhäusern. Sie sind damit existentiell Betroffene. Wir alle sind als potentielle oder gelegentliche Patienten, auf alle Fälle als Versicher-

te unmittelbar betroffen. Wir bleiben dran an der Entwicklung und berichten im GÖD FORUM, denn das Thema wird uns noch weiter beschäftigen.

Die soziale Sensibilität ist wieder in die Politik zurückgekehrt. Der CDU Parteitag in Dresden und die Landesversammlung der CSA Arbeitnehmer Union der CSU in Regensburg haben es deutlich gezeigt. Wir berichten auch darüber. Es bleibt die Hoffnung, dass dies nicht nur ein Funke war, sondern dass diese Impulse in die reale Politik eingehen werden.

Das Jahr 2007 bringt für die Bürgerinnen und Bürger neue zusätzliche Belastungen. Die größte Steuererhöhung seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland steht an. In dieser Ausgabe haben wir die wichtigsten zusätzlichen Belastungen aufgelistet. Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, auch nicht die angekündigte Erhöhung des Bierpreises. Letztere wird heute schon in stoischer Ruhe hingenommen, während noch im 19. Jahrhundert eine Bierpreiserhöhung in München eine Revolution ausgelöst hatte.

Gravierend ist allerdings, dass die Erhöhung der Versicherungssteuer auch die Versicherungsprämien für Lebens- oder Rentenversicherungen trifft. Damit verteuert sie die Altersvorsorge der Bürger. Mit dieser Erhöhung bereichert sich der Bund wieder einmal mehr an den Bürgern, nachdem er durch Untätigkeit die gesetzliche Rentenversicherung an den Rand des Ruins gebracht hat.

Es gibt aber auch Lichtblicke. Die Arbeitslosenzahlen gingen leicht zurück, aber es gibt immer noch zu viele davon. Die Wirtschaft zeigt hoffnungsvolle Ansätze. In einigen wenigen Branchen boomt es, und schon wird der Ruf nach kräftigen Lohnerhöhungen laut. Es steht allerdings der Politik nicht zu, derartige Forderungen zu suggerieren. Die Lohn- und Gehaltsfindung ist allein Aufgabe der Sozialpartner, und die Tarifautonomie ist durch das Grundgesetz geschützt.

Am Ende des Jahres ist es angebracht den Dank auszusprechen, an alle GÖD Mitglieder die unserer Gewerkschaft die Treue gehalten haben, an alle ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionsträger und Verantwortlichen in unserer GÖD, den Betriebs- und Personalräten/innen aus der GÖD für ihre partnerschaftliche Arbeit unter den Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz. Unseren Sozialpartnern für ihre kooperative und konstruktive Zusammenarbeit.

Ihnen und Ihren Familien wünschen wir frohe Weihnachten, ruhige und erholsame Tage zwischen den Jahren, ein freudiges Neujahrsfest, und ein gesundes erfolgreiches Jahr 2007.

Redaktion GÖD FORUM Götz Beyer

### Impressum

**Herausgeber und Verleger:**

**Gewerkschaft  
Öffentlicher Dienst  
und Dienstleistungen  
· Bundesverband ·**

Vertreten durch den Bundesvorstand

**Kontakt und Vertrieb:**

GÖD Hauptstadtbüro  
Obentrautstraße 57 · 10963 Berlin  
Telefon: 030/210 217 33

**Redaktion:**

Götz Beyer, Wolfgang Schneider

**Fotos:**

GÖD-Archiv/D&R Wildau

**Herstellung:**

Druck&Realisationsservice Wildau  
Postfach 15 · 15742 Wildau  
Telefon: +493375/55 1194  
Fax: +493375/55 1192

Mit Namen oder Kürzel gezeichnete Artikel geben die Auffassung des Verfassers, nicht unbedingt die der Redaktion und/oder des Herausgebers wieder.

Nachdruck nur mit Genehmigung.

## Weihnachtsgruß des Bundesvorsitzenden Franz Heitbaum



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Jahr neigt sich allmählich dem Ende zu, und mancher wird sich fragen: "Wo ist die Zeit geblieben?" Eine hoffentlich gesegnete Weihnacht hat

die Adventszeit abgelöst, und schon bald steht das neue Jahr vor der Tür und klopft an. "Tempus fugit", die Zeit flieht, so beschrieb der Römer das Unvermögen der Menschen, die Zeit anzuhalten und Goethe ließ Faust den Wunsch aussprechen "dem Augenblick Dauer zu verleihen".

Das Jahr 2006 war reich an Überraschungen. Das gilt in negativer Hinsicht für die Politik, die uns u.a. mit der brutalsten Steuererhöhung seit Bestehen unseres Staates noch mehr belasten und das zarte Pflänzlein Aufschwung in 2007 möglicherweise austrocknen wird, hingegen in positiver Hinsicht, z.B. für den Sport, der uns mit der Fußball-Weltmeisterschaft in unserem Land begeistert und so positive Signale ausgesandt hat.

Unsere Gewerkschaft, d.h. wir haben unsere Arbeit getan, ehrenamtlich in unserem ureigenen Bereich, aber auch in Sachen Politik. Nach wie vor

stehen wir Ihnen jederzeit und gerne sowohl auf örtlicher als auch vom Landesverband in Arbeitsrechts-, Renten- und Sozialrechtsangelegenheiten mit Rat und Tat zur Verfügung und bieten unsere Hilfe an. Anruf genügt!

Nicht versäumen will ich, bei Euch für die bewiesene Treue und Bereitschaft zu danken, sich zu den Zielen der GÖD im CGB zu bekennen, und unserer Hoffnung auf Euer Vertrauen auch für die Zukunft Ausdruck zu verleihen.

Euch und Euren Familien wünsche ich ein friedvolles, frohes und gnadenreiches Weihnachtsfest und ein gesegnetes Neues Jahr, ebenso Gesundheit, Zufriedenheit sowie Gleichmut in Bezug auf alles was kommen mag.

Mit freundlichen und kollegialen Grüßen  
Franz Heitbaum  
-Bundesvorsitzender-

## Deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007



Bei der Vorschau auf die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 geben sich die deutschen Bundesminister noch verhalten. Sicher gilt jedoch, dass in nahezu allen Bundesministerien umfangreiche Vorarbeiten im Gange waren. Werden Mitglieder des Kabinetts darauf angesprochen, lautet der Appell stets gleich: Die Öffentlichkeit und die an-

deren EU-Staaten mögen ihre Erwartungen doch bitte nicht zu hoch schrauben. Wunder seien vom deutschen Vorsitz nicht zu erwarten, weder in der Verfassungsfrage, noch bei einer abgestimmten gemeinschaftlichen Energiepolitik, im Verhältnis zu Rußland, oder der Zypernfrage. Außenminister Frank Walter Steinmeier (SPD) möchte allerdings den finnisch-

en Kompromissvorschlag, der bisher zwar gescheitert war, wieder aufgreifen. Nachdem man kurz vor dem Ziel gewesen sei, müsse man nun einen weiteren Versuch unternehmen, die türkische und die zypriotische Position einander näher zu bringen. Als weiteres großes Thema sieht der Minister das Kosovo auf der Tagesordnung. Nach dem letzten Stand sollen am 22. Januar 07 Wahlen in Serbien stattfinden. Danach wird der finnische Sonderbeauftragte Atthisari seinen Bericht vorlegen. Auf dieser Grundlage soll über den künftigen Status der Region, die sich von Serbien trennen möchte, entschieden werden. Der Wirtschaftsgipfel, der jedes Frühjahr stattfindet, soll sich vor allem mit Energiefragen befassen. Schon im Januar wird die EU-Kommission dazu ein ganzes Paket mit Vorschlägen vorlegen. Wirtschaftsminister Glos(CSU) will ausloten, wie die europäische Energiepolitik besser abgestimmt,

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

und die nationalen Netze durchlässiger für andere Bewerber werden könnten. Er denkt dabei nicht an den von der EU-Kommission geforderten EU-Regulator, sondern er möchte die nationalen Regulatoren enger vernetzen. Auch das Abkommen mit Russland soll vorangebracht werden, ohne dass bislang klar wäre, wie Polens Blockade in dieser Frage durchbrochen werden könnte. Steinmeier setzt dabei auf kleine Schritte. So möchte er das deutsch-polnische Verhältnis verbessern nach deutsch-französischem Vorbild. Zum Beispiel indem Historiker beider Länder ein gemeinsames Geschichtsbuch entwickeln, das später Grundlage für den Schulunterricht werden könnte.

Klar ist, dass der Verfassungsprozess erst nach dem Frühjahrsgipfel und der Feier zum fünfzigsten Jahrestag der Römischen Verträge am 24. und 25. März 2007 fortgeführt werden kann. Bei dem Fest soll eine Erklärung vorgelegt werden, die deutliche Aussagen zur sozialen Verantwortung Europas treffen soll. Völlig offen dabei ist, ob diese Erklärung auch Bestandteil des revidierten Verfassungsvertrages werden könnte. Angesichts der Wahlkampfstimmung in Frankreich verhält sich die Bundesregierung abwartend. Doch Deutschland würde es ungern sehen, wenn der Verfassungsstreit in den französischen Präsidentenwahlkampf hineingezogen würde. Die größten Schwierigkeiten vermutet man dabei nicht von

Frankreich und den Niederlanden. In Polen und Großbritannien hat die Debatte zu einer europäischen Verfassung noch nicht einmal richtig begonnen.

Angesichts der schwierigen Tagesordnung setzt Deutschland große Hoffnungen auf das "Triopräsidentenschaftsprogramm". Es umfasst den Arbeitsplan der nächsten 18 Monate nach dem 1. Januar 2007, und wurde gemeinsam mit der portugiesischen und der slowenischen Regierung erarbeitet, die im 2. Halbjahr 2007 und im 1. Halbjahr 2008 den Vorsitz der EU führen werden.

Auch der Deutsche Bundestag versucht, einen Ansatz aus der Verfassung umzusetzen. Dabei sollen die nationalen Parlamente auf die Rechtssetzung aus Brüssel bereits in der Plan-

ungsphase Einfluss nehmen können, bevor die Kommission, der Rat, und das Europaparlament ihre Entwürfe vorlegen. Der Bundestag und die Bundesregierung hatten im September 2006 eine Vereinbarung getroffen, die vorsieht, dass die Bundesregierung den Bundestag frühzeitig über alle Vorhaben der EU-Kommission unterrichtet. Für den Bundesrat ist dies bereits mit dem Maastricht-Vertrag von 1992 der Fall. Die Bundestagsverwaltung wird im Februar 2007 ein Europareferat aus Fachleuten und Mitarbeitern der Fraktionen eröffnen. Eine Kopfstelle aus drei Mitarbeitern soll vor Ort in Brüssel Informationen sammeln und den Kontakt zu den Büros der anderen nationalen Parlamente halten. Die übrigen 15 Mitarbeiter haben ihren Dienstsitz in Berlin.

Quelle: Das Parlament



## Für soziale Sensibilität und wirtschaftliche Kompetenz

Die Arbeitnehmer-Union (CSA) der CSU hat auf ihrer Landesversammlung am 25.11.06 in Regensburg ihren Vorsitzenden, Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer, mit 97,3 % eindrucksvoll im Amt bestätigt. Weitere Wahlergebnisse sind bei der Rubrik aus den Landes- und Regionalverbänden in dieser Ausgabe im GÖD FORUM erwähnt.

"Die Union muss die Schutzmacht der kleinen Leute sein, sonst landen diese Menschen bei den radikalen Parteien", betonte Seehofer die Bedeutung der sozialen Komponente. "Die CSU ist deshalb gut beraten, wenn sie ihre wirtschaftliche Kompetenz mit sozialem Einfühlungsvermögen verbindet. Man fliegt nur mit zwei Flügeln gut." Er verteidigte auch die Forderung der CSA, langjährigen Beitragszahlern länger Arbeitslosengeld zu zahlen. Die CSA verabschiedete anschließend einen Dringlichkeitsantrag, in dem nach Einzahlungszeit ge-

staffelte Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes gefordert wird. Außerdem sollen die Freibeträge zur Altersvorsorge erhöht und die Sanktionen bei Ablehnung zumutbarer Arbeit ausgeweitet werden.

Bayerns Sozialministerin Christa Stewens und Regensburgs Oberbürgermeister Hans Scheidinger, sprachen Grußworte an die Landesversammlung, die unter dem Motto "Für soziale Sensibilität und wirtschaftliche Kompetenz" stattfand.

Quelle: Bayernkurier

Wer künftig vom Finanzamt eine Auskunft braucht, wird zur Kasse gebeten. Mindestens 100.-€ sollen es sein; abgerechnet werden soll nach einem noch nicht näher definierten Gegenstandswert oder einer Zeitgebühr von 50.-€ je halber Stunde. Es ist noch nicht lange her, da hatte die Bundesregierung ein Auskunftsrecht gegenüber den Finanzämtern gesetzlich verankert. Jetzt wird im Jahressteuergesetz das Gegenteil beschlossen. Die Länder fürchten nun - wohl zu Recht -, dass die Anzahl der Anträge im Hinblick auf die Kompliziertheit der Steuergesetze stark zunehmen könnte. Anstatt die Steuergesetze verständlich und leicht umsetz-

bar zu gestalten, sollen Bürger und Wirtschaft für Auskünfte über die Anwendung und Auslegung auch noch Geld bezahlen. Gleichzeitig wird ab dem Jahre 2007 die Inanspruchnahme eines Steuerberaters nicht mehr steuerlich absetzbar sein. Damit bezahlen Bürger und Wirtschaft für das Unvermögen des Gesetzgebers.

Man darf wohl vermuten, dass die wenigsten Bundestagsabgeordneten wussten, was sie in diesem Gesetzentwurf beschlossen haben. Haben sich nicht die Bundesregierung und viele Landesregierungen den Rückbau der Bürokratie vorgenommen, um

arbeitsplatzhemmende Wirkung staatlicher Vorschriften zu beseitigen oder zumindest zurückzuführen? Gilt das jetzt nicht mehr? Muss jetzt durch das Jahresteuergesetz noch draufgesattelt werden? Oder geht es nur um die Steigerung der Steuereinnahmen, wie Heinz Däke, der Präsident des Bundes der Steuerzahler, befürchtet.

Die Gebühren sollen wohl dazu beitragen dass Steuerzahler von ihren Informationsrechten keinen Gebrauch mehr machen und damit auf legale Steuerersparnisse verzichten. Würde das Jahressteuergesetz mit dieser Vorschrift beschlossen, kämen auf die privaten Steuerzahler mancherlei Belastungen zu, vor allem müssten mittelständische Betriebe die für viele wirtschaftliche Entscheidungen nötige Rechtssicherheit mit einem hohen (neuen Bürokratie) - Preis bezahlen. Diese Regelung kann nicht im Sinne der Regierungen liegen, denen wirtschaftliches Wachstum angeblich am Herzen liegt. Noch ist es nicht zu spät. Der Gesetzentwurf des Bundestages muss noch vom Bundesrat gebilligt werden. Ob die Ministerpräsidenten dabei die "Notbremse" ziehen werden ist nicht sicher, denn die Länderfinanzminister werden wohl ihren Einfluss im Vorfeld einbringen.

Quelle: DHV-Info



## CDA Erfolge

### beim CDU Parteitag in Dresden

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands meldet Erfolge beim CDU Parteitag in Dresden. Mit 5 Vertretern ist die CDA in der Führungsspitze der CDU vertreten.

Karl-Josef Laumann, Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen, und Vorsitzender der CDA Deutschland, wurde mit dem besten Ergebnis nach Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, erneut in das CDU Präsidium gewählt.

Mit überwältigender Mehrheit wurde der Antrag auf Mitarbeiterbeteiligung vom CSU Partei-Tag angenommen. Damit wird eine langjährige Forderung der CDA, und seit jeher von den Christlichen Gewerkschaften angestrebt, endlich Gesetzesform erlangen.

Nach einer engagierten Rede des CDA Bundesvorsitzenden Karl-Josef Laumann, in der er die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für langjährig Versicherte, und für die Erhöhung des Schonvermögens geworben hatte, hat

der Bundesparteitag der CDU den "Hatz-IV" Antrag aus NRW verabschiedet. Sonn- und Feiertage bleiben geschützt. Auch diesem wichtigen Anliegen der CDA stimmte der Parteitag mit großer Mehrheit zu.

CDA-Newsletter, 28.11.06



# Die neuen zusätzlichen Belastungen ab

# 2007

Am 1. Januar 2007 erfolgt die größte Steuererhöhung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Nachdem das Haushaltsbegleitgesetz 2006 und das Steueränderungsgesetz 2007 durch die parlamentarischen Gremien Deutscher Bundestag und Bundesrat endgültig verabschiedet sind, hier in Kurzform die für die Bürger zusätzlichen Belastungen im Jahr 2007:

**Der Mehrwertsteuersatz (Umsatzsteuer)** wird von 16% auf 19 % ab 1.1.2007 angehoben. **Anmerkung:** Dabei gilt das Datum der Rechnungsstellung. Stellt z.B. ein Handwerker für eine in 2006 erbrachte Leistung die Rechnung erst im Januar 2007 aus, so gilt der neue Prozentsatz der Mehrwertsteuer. Für Lebensmittel bleibt jedoch der halbe Steuersatz bestehen. Mieten bleiben weiterhin ohne Mehrwertsteuer. Allerdings die Nebenkosten ("zweite Miete") für Heizung, Strom, Gas, Wasser, Kanalgebühren, usw. werden um den angehobenen Steuersatz teurer.

Der **Regelsatz der Versicherungssteuer** steigt zum 1.1.2007 auf 19 %. Die ermäßigten Sätze (Feuerversicherung) steigen entsprechend anteilig.

Die Pauschalabgaben bei **geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen** wurden sogar schon am 1.7.2006 von 25% auf 30% angehoben.

**Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge** sind nur noch dann sozialabgabenfrei, wenn der Stundenlohn nicht mehr als 25.-€ beträgt. Für die steuerliche Behandlung bleibt es auch weiterhin bei der schon bestehenden 50.-€ Grenze.

**Aufwendungen für die Fahrten zwischen Wohnungs- und Betriebs- bzw. Arbeitsstätte** sind nicht mehr als Werbungskosten absetzbar, ausgenommen Fernpendler ab dem 21. Kilometer.

**Kostenkeule für Autofahrer:** Die ab 1. Januar 2007 geltende Zwangsbeimischung von Biokomponenten zum Kraftstoff wird gemeinsam mit der höheren Mehrwertsteuer den Spritpreis für alle Sorten um insgesamt fünf Cent nach oben schnellen lassen. Die erwähnte Erhöhung der Versicherungssteuer wirkt sich außerdem belastend aus. Das alles summiert sich. Der ADAC rechnet vor, dass ein Autofahrer mit einem Arbeitsweg von mehr als 20 km jährlich mit Mehrbelastungen von mindestens 600.-€ rechnen muss.

**Kfz-Steuer für Wohnmobile** neu festgesetzt: Der Bundestag beschloss die Einführung eines eigenen Steuersatzes für Wohnmobile, der rückwirkend zum 1. Januar 2006 in Kraft treten soll. Die Besteuerung richtet sich künftig nach den Schadstoffemissionen und dem Gesamtgewicht. Sie liegt über der für Pkw und unter der für Lkw. Es trifft die Halter von Wohnmobilen hart, weil damit zum Jahresende rückwirkend, und damit für viele Wohnwagenbesitzer in kürzester Zeit die Erhöhung gleich zwei Mal verkräftet werden muss.

Aufgrund der gestiegenen Energiekosten, insbesondere für Treibstoffe, sowie massiver Angriffe auf die Grundlagen der Finanzierung des ÖPNV (**siehe GÖD FORUM Ausgabe Nr. 2/2006, Seiten 4 und 5**) werden in den kommenden Jahren, beginnend im Jahre 2007, die bisherigen

**Fahrpreise im öffentlichen Personennahverkehr für Busse und Bahnen und im Regionalverkehr** der Eisenbahnen steigen. Einige große Verkehrsverbünde und auch die Deutsche Bahn haben bereits Fahrpreiserhöhungen für 2007 angekündigt.

Der **Sparerfreibetrag** sinkt auf 750.-€ bzw. bei Zusammenveranlagung auf 1.500.-€.

Aufwendungen für ein **häusliches Arbeitszimmer** werden nur noch unter erschwerten Bedingungen anerkannt, also nur dann wenn mindestens zu 90% zuhause gearbeitet wird.

Die maximale **Altersgrenze für die Gewährung von Kindergeld** sinkt um zwei Jahre mit einer stufenweisen Anpassung für Kinder der Jahrgänge 1982 und 1983.

Für die zu versteuernden Einkommen von über 250.000.-€ (500.000.-€ bei Zusammenveranlagungen) wird ein Steuerzuschlag von 3 % erhoben ("**Reichensteuer**").

Der Fairness halber sei schließlich darauf hingewiesen, dass ab 1.1.07 der Beitrag zur **Arbeitslosenversicherung** von 6,5 % auf 4,5 % abgesenkt wird. Allerdings haben davon die Beamten, Pensionäre und die Rentner nichts

Götz Beyer



## Europäische Union unabhängiger Gewerkschaften

### Neuwahl des USSP/CESI Präsidiums

Forderung nach EU- Richtlinie zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Am 5. April 06 tagte die USSP/CESI, der Zusammenschluss der Gewerkschaften des öffentlichen Sektors der CESI in Brüssel. Bei den Neuwahlen des Präsidiums wurde Christian Chapuis (CGC Frankreich) einstimmig als Präsident wiedergewählt. Ebenfalls einstimmig wurde der Vizepräsident Klaus Geiser (EULOS/dbb Deutschland) in seinem Amt bestätigt. Neu als Vizepräsidenten wurden Jose Fernandez (CSIF Spanien) sowie Raymond Hencks (CGFP Luxemburg) in das Präsidium gewählt.

Im Laufe der Beratungen befasste sich die USSP/CESI mit der jüngsten Initiative aus den Reihen des Europäischen Parlaments für eine Richtlinie zu den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Aus Sicht des Berichtstatters Klaus Geiser ist diese Initiative sehr zu begrüßen. "Eine Richtlinie in dieser Form würde die andauernde Rechtsunsicherheit beenden und nationale und EU- Kompetenzen klar voneinander abgrenzen. Für die USSP/CESI ist vor allem wichtig, dass die lokalen Behörden autonom über die Erbringung dieser besonderen Dienstleistungen entscheiden können. Die unab-

hängigen Gewerkschaften werden daher die weitere Entwicklung sorgfältig beobachten. Wir erwarten von der Europäischen Kommission, dass diese endlich von ihrem Initiativrecht Gebrauch macht und einen Richtlinienentwurf vorlegt, der diese sinnvollen Vorschläge des Parlaments aufgreift.

### Sozialpartner verabschieden Resolution zur Mobilität in der öffentlichen Verwaltung

Am 29. Mai 06 unterzeichneten die Generaldirektoren für den öffentlichen Dienst der 25 EU- Mitgliedstaaten und die von CESI und EGÖD gebildete Gewerkschaftsdelegation TUNED in Wien eine Resolution im Bereich der Zentralverwaltung. Die Resolution war das Ergebnis eines Seminars, welches die Sozialpartner am selben Tag in der Wiener Hofburg veranstaltet hatten. In der gemeinsamen Erklärung unterstrichen Generaldirektoren und Gewerkschaften die Bedeutung der Mobilität der Arbeitnehmer zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Sie forderten in diesem Zusammenhang die öffentlichen Verwaltungen und die Sozialpartner in den Mitgliedstaaten auf, den rechtlichen Rahmen für die Mobilität der Arbeitnehmer gemeinsam weiter zu verbessern, wobei die Besonderheiten des öffentlichen Dienstes zu berücksichtigen seien. Schließlich erkannten die unterzeichnenden Partner an, dass eine Verbesserung

der Mobilität Hand in Hand gehe mit Investitionen in Arbeitsplätze, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor.

Der Generalsekretär der CESI, Helmut Müllers, wertete das Seminar als Erfolg. "Nach der Resolution zur Chancengleichheit von Newcastle vom vergangenen Jahr ist diese Resolution zur Arbeitnehmermobilität die zweite gemeinsame Erklärung im Rahmen des gegenwärtigen sozialen Dialogs in der Zentralverwaltung. Gewerkschaften und Generaldirektoren zeigen damit dass sie wertvolle Impulse geben können. Auf diesen Erfolgen wollen wir aufbauen und unsere Bemühungen für eine engere Zusammenarbeit mit den Generaldirektoren weiter zu intensivieren".

### CESI weist Kritik von EU- Kommissar Verheugen als unsachlich und überzogen zurück

Mit Unverständnis hat der Generalsekretär der CESI Helmut Müllers auf die jüngst von EU- Kommissar Verheugen geäußerte Kritik an hohen EU- Beamten reagiert. "Auch im Namen der zahlreichen EU- Beamten die sich in den Reihen der CESI befinden, weise ich die Äußerungen von Herrn Verheugen mit allem Nachdruck zurück. Seine Aussagen sind aus Sicht der unabhängigen Gewerkschaften unsachlich und völlig überzogen. Wir erwarten von Herrn Verheugen eine Klarstellung und eine öffentliche Entschuldigung". "Aus meiner Sicht verkörpern die EU- Beamten geradezu den europäischen Geist der EU- Institutionen. Diese hoch qualifizierten Mitarbeiter sichern nämlich die Kontinuität der Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in der EU" betonte Müllers. Müllers fuhr fort: "Wenn Herr Verheugen den Eindruck hat, dass manche EU- Beamte an den Kommissaren vorbei arbeiten, dann ist dies meiner Meinung nach eher ein Zeichen von mangelnder Führung. Im Übrigen möchte ich darauf aufmerksam machen, dass das Beamtenstatut bei Fehlverhalten von Beamten ausreichende Sanktionsmaßnahmen vorsieht".

**Unbedingt  
beachten!**

**Redaktionsschluß  
Forum 01/2007  
Mittwoch  
28. Februar 2007**



## EU und Betriebsrenten

Schon seit Ende letzten Jahres liegt ein Vorschlag für eine EU- Richtlinie zur Übertragbarkeit von Betriebsrenten vor. *"Wenn sich die Kommission damit durchsetzt, könnte dies zur Einschränkung, ja zur Zerstörung der freiwilligen Betriebsrenten führen"*, warnte die sozialpolitische Sprecherin der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament, Anja Weisgerber. Der Entwurf hätte für Unternehmen eine Kostensteigerung von bis zu 30 % zur Folge. Weil die Unternehmen die Leistungen letztlich freiwillig erbringen, käme dadurch die Attraktivität der Betriebsrenten in Gefahr. In Deutschland wären dadurch 11,5 Mio. Arbeitnehmer betroffen. *"Die EU mischt sich in Sachen ein, die sie nichts angehen"*. Die geplante Richtlinie soll Betriebsrenten bei Arbeitsplatzwechsel schützen. Die unterfränkische Europaabgeordnete erinnert daran, dass Brüssel aber nur bei grenzüberschreitenden Sachverhalten Kompetenz hat und regelnd eingreifen darf. Doch es ist fraglich, ob das Thema Betriebsrenten überhaupt einen solchen Sachverhalt darstellt. Denn weniger als 1,5 % der Arbeitnehmer wechseln zu einem Arbeitgeber in einem anderen Mitgliedsstaat.

Konservative Abgeordnete aus mehreren Mitgliedsstaaten haben darum nun die Kommission aufgefordert, ihren Richtlinienvorschlag in eine nicht bindende Empfehlung umzuwandeln. Im Januar 2007 soll der zuständige Parlamentsausschuss über den Richtlinienentwurf abstimmen.

Quelle: EVP Fraktion im EP

## Sinkender Einfluss der DGB Gewerkschaften bei Betriebsratswahlen

Die Zeitschrift "Focus" brachte in ihrer Ausgabe Nr. 43/2006 einen aufschlussreichen Bericht über Ergebnisse der letzten Betriebsratswahlen. Danach ist erstmals nur jeder zweite Arbeitnehmervertreter Mitglied einer Einzelgewerkschaft des DGB. Der genaue Wert von 48,7 % entspreche - so Focus - einem Rückgang gegenüber 2002 um fast 10 % Punkte. Unter den Betriebsratsvorsitzenden büßte die Einheitsgewerkschaft sogar 17 % ein. Dieses Ergebnis ermittelte das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln.

Bei leicht sinkender Wahlbeteiligung legte die Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger (AUB) am stärksten zu. Sie stellt nun 19,8 % der Betriebsräte (2002 waren es 8,9 %) Man muss jedoch wissen, die AUB hat ihre stärkste Anhängerschaft im SIEMENS Konzern und seinen ausgegliederten Gesellschaften. Deren Vorsitzender sieht darin eine Abkehr vom den ideologischen und Arbeitsplatz vernichtenden Verhalten mancher DGB- Gewerkschaften. Auf diese Tatsache haben die christlichen Gewerkschaften schon wiederholt hingewiesen.

Es wäre deshalb interessant gewesen auch den Prozentsatz zu erfahren, den die CGB Mitgliedsgewerkschaften bei diesen Wahlen erreicht haben. Man sieht auch hier, dass das Verschweigen der CGB Gewerkschaften offensichtlich Methode ist, damit diese in der Öffentlichkeit nicht bekannter werden sollen. Abschließend muss jedoch festgestellt werden, dass derartige Erhebungen nur bedingt aussagekräftig sein können, weil es sehr viele Wahllisten gibt die in Persönlichkeitswahlen Betriebsräte hervorbringen die unterschiedlichen Gewerkschaften oder auch gar keiner Gewerkschaft angehören.

Georg Weihmayer

**GÖD**  
Die qualifizierte Alternative!

## ver.di gegen ver.di - Betriebsrat gegen Arbeitgeber vor Gericht

Bei ver.di sucht man nach Finanzquellen. Der Run nach Erfolg, schiefer Größe und Marktführerschaft kann ins Verderben führen. Vor allem, wenn durch Fusionen verschiedene Kulturen aufeinander prallen und "Versorgungshierarchien" aufgebaut werden. Dazu noch einige unternehmerische Fehlleistungen, und das finanzielle Chaos ist perfekt.

Spätestens seit dem 13. September hängt bei ver.di der Haussegen schief. Bei dem Versuch große finanzielle Löcher zu stopfen und riesige Verpflichtungen zu mindern, beschloss der Vorstand der ehemals größten deutschen Gewerkschaft, die Versorgungszusagen zur betrieblichen Altersversorgung der meisten ver.di- Mitarbeiter mit Wirkung zum 1. Oktober 2006 zu widerrufen. Einen Tag später billigte der eigene Gewerkschaftsrat die Maßnahme. Die Pensionszusagen der ehemaligen ver.di - Mutter ÖTV werden für den chaotisch geführten Berliner Moloch zur finanziellen Last. Der ver.di Gesamtbetriebsrat fühlte sich nicht informiert, übergangen, und rief das Arbeitsgericht Berlin an mit der Begründung, dass der Widerruf der Versorgungszulagen rechtswidrig war.

Mit der ver.di entstand zwar Deutschlands "mächtigste" Gewerkschaft. Doch die Macht, der Einfluss und das moderne Image wurden in kurzer Zeit verspielt. Über das Immobilienmissmanagement drang in den letzten Jahren einiges an die Öffentlichkeit. In diesem Jahr zeigte die Ärztegewerkschaft Marburger Bund den total verunsicherten ver.di-Recken, wie man als Einzelgewerkschaft Erfolge einfährt, die Berliner mussten sich nur auf den MB-Erfolgszug draufsetzen. Die Quittung für soviel Professionalität erhielt man am Berliner Paula-Thiede-Ufer bereits.

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

Der Schwund bei Mitgliedern, damit die Kundenunzufriedenheit, soll die Halbe-Million-Schwelle längst überschritten haben. Wo die finanzielle Heckenschere wohl noch nicht angelegt wurde, ist bei den Einkünften der als Arbeitgeber fungierenden ver.di-Spitzen. Die über 80 Spitzenfunktionäre erhielten im Jahr 2001 üppige Monatsgehälter zwischen 11.000 und 27.000.-DM und das 13. Mal im Jahr.

Für die ehemalige HBV-Vorsitzende und jetzige stellvertretende ver.di-Chefin Marget Mönig-Raane wurden in dem Jahr ein Salär von 12.000.-€ publiziert. Sie ist nur eine von vier Stellvertretern des Gewerkschaftsbosses Frank Bsirske, für den 13.804.-€ Monatsgehalt ausgewiesen wurden. Dazu kommen 10 weitere Vorstände. 15 Vorstände leistet sich ver.di aktuell, das geht ans Geld. Doch wie hoch die obersten Personalkosten wirklich sind, darüber schweigt man mittlerweile. Mit genauen Zahlen ist man bei den Berlinern heute nicht mehr so großzügig. So ist auch nicht bekannt geworden, ob der Vorstand am 13. September 2006 freiwillig bei seinen eigenen Bezügen die Heckenschere anlegte oder nur bei den Betriebsrentenzusagen seiner Mitarbeiter.

Quelle: Dienst für Gesellschaftspolitik



Im Internet unter  
[www.cgb.info](http://www.cgb.info)



Unter diesem Motto fand vom 28. bis 29. Oktober 2006 der Verbandstag des Deutschen Handels- und Industrieangestelltenverbandes DHV im CGB statt. Vor den 90 Delegierten konnte Verbandsvorsitzender Jörg Hebsacker zahlreiche Gäste aus Politik, Landes- und Bundeparlamenten, Gerichtsbarkeit und öffentlicher Verwaltung begrüßen, und in seinem Bericht auf große Erfolge des DHV verweisen.

Der 18. ordentliche Verbandstag des DHV beschäftigte sich neben gewerkschaftsinternen Fragestellungen mit zahlreichen aktuellen politischen Themen. Wie Reform der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme, der Umgestaltung der Gerichtsbarkeiten, sowie der Verschiebung der Werteorientierung in der Arbeitswelt und den Sozialsystemen. Den Themen soziale Gerechtigkeit und der Veränderung unserer Werteverfassung widmete sich der Minister für Gesundheit, Justiz und Soziales des Saarlandes Josef Hecken. In einer mitreißenden Festrede prangerte er den Werteverfall an. Es müsse keine neue Wertediskussion geführt werden. Vielmehr müssten alte Werte auf die heutigen Gegebenheiten angepasst werden. Aufgabe der Politik muss es sein, ehrliche und verlässliche Rahmenbedingungen zu setzen. Der Bundesvorsitzende des Christlichen Gewerkschaftsbundes CGB, Matthäus Strebl, knüpfte an die Festrede an und hob hervor, dass auch in Zeiten der Globalisierung Werte und Ideologien nicht vor Ländergrenzen halt machen dürften. Solange einige Konzernchefs ihre Mitarbeiter als Kostenfaktoren bezeichnen, wird es keine soziale Gerechtig-

keit geben, so Strebl. Es folgten weitere Grußworte aus Politik und Wirtschaft.

Auf der Tagesordnung des Verbandstages standen Neuwahlen zum Hauptvorstand des DHV. Als neuer Bundesverbandsvorsitzender des DHV wurde Jörg Hebsacker wieder gewählt, der bereits seit 30 Jahren dem Hauptvorstand angehört und den DHV seit 1986 führt. Das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden übernimmt Ute Beese, DHV Geschäftsführerin des Landesverbandes Niedersachsen-Bremen.

Wiedergewählt wurden auch der DHV Geschäftsführer des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Hans Bondzio, und der Vorsitzende des Landesverbandes Rheinland-Pfalz / Saarland, Hans Rudolf Folz

Neu im DHV Hauptvorstand sind der Generalsekretär des CGB, Gunter Smits, und Martin Fehrmann, beschäftigt bei der Krankenkasse DAK, und Vorsitzender der Landesfachgruppe Eratzkassen in Hessen, sowie Mitglied des Landesvorstandes Hessen.

Im Rahmen des Verbandstages wurde gleichzeitig eine wichtige Namensänderung vollzogen. Die Abgeordneten des 18. ordentlichen Verbandstages beschlossen die Umbenennung des DHV - Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverbandes in "DHV - Die Berufsgewerkschaft". Sie bekräftigten mit ihrem Votum den Anspruch des DHV, Angehörigen verschiedener Berufe eine gleichberechtigte gewerkschaftliche Heimat zu bieten.

Anne Kiesow

## Marburger Bund setzt sich wieder durch



Der eigenständige Machtkampf der Ärztegwerkschaft Marburger Bund ist offensichtlich erfolgreich zu Ende gegangen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erhalten Ärzte im öffentlichen Dienst eigene Tarifverträge.

So steht der erste arzt spezifische Tarifvertrag für die rund 55.000 kommunalen Krankenhausärzte in Deutschland. Am 23. November 2006 stimmte die Große MB-Tarifkommission dem Tarifvertrag zu, am 24. November 2006 folgte das "Ja" der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA). Der Tarifvertrag für die kommunalen Krankenhausärzte ist der zweite Tarifabschluss des MB im öffentlichen Dienst. Am 31. Oktober 2006 hatte die Ärztegwerkschaft bereits mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) einen arzt spezifischen Tarifvertrag für die rund 22.000 Universitätsärzte in Deutschland unterzeichnet.

Nach Auskunft des MB musste die Ärztegwerkschaft zwar Abstriche von einigen ihrer Maximalforderungen, vor allem im finanziellen Bereich, hinnehmen. Es sei aber gelungen, die drohenden Einkommensverluste für die Ärzte des von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, zusammen mit der dbb-tarifunion verhandelten Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) zu vermeiden. Zu den Kerninhalten des Tarifvertrages zählt eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden und eine bessere Vergütung der Bereitschaftsdienste.

Quelle: Dienst für  
Gesellschaftspolitik

## Entscheidung zur Gesundheitsreform im Januar 2007

Wir hatten im GÖD FORUM 3/2006 bereits als Schwerpunktthema die anstehende Gesundheitsreform behandelt, soweit uns dazu Daten und Fakten bis Redaktionsschluss vorgelegen hatten. Auch in dieser Ausgabe können wir noch nicht abschließend berichten. Die gemeinsame Absage einer Ministeriumsanhörung im Oktober 2006, wobei einen Tag vor dem Termin eine 500 Seiten lange Vorlage an die Spitzenverbände der Kassen geliefert worden war, und die darauf folgenden Aktionen kulminierten am 21. November erst einmal in einer gemeinsamen Pressekonferenz. Dabei haben die wichtigsten Verbände und Organisationen auf Leistungserbringer- und Zahlerseite, also die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen, ein 17seitiges gemeinsames Papier vorgelegt. Man hatte die gravierenden gesetzestechnischen Umsetzungsprobleme und Produkte "unsinniger Ergebnisse", sowie die verfassungsrechtlichen Bedenken zusammengetragen. Ob das hilft wird sich noch zeigen.

Wenn die Berliner Koalition ihre Ankündigung wahr macht und die Gesundheitsreform wirklich im Januar 2007 in die zweite und dritte Lesung des Bundestages gehen wird, dann könnten am 16. Februar die Gesetze verabschiedet werden, und die Gesundheitsreform könnte zum 1. April 2007 in Kraft treten. Zur Not bliebe auch noch genügend Zeit für ein Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat. Die echten großen Entscheidungen werden in dieser Zeit im siebenköpfigen Koalitionsausschuss getroffen. Der Bundestag wird bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen das Ergebnis vermutlich ab-

nicken. Kein Wunder, dass die normalen Bundestagsabgeordneten und gesundheitspolitischen Experten der beiden Regierungsfractionen einen frustrierten Eindruck hinterlassen. Sie entscheiden kaum etwas mit, dürfen hinterher das Verabschiedete hochjubeln, und in zahllosen Veranstaltungen gegenüber der aufgebrachten Volkesmenge und an der Parteibasis verteidigen. Von Fachleuten die sich auch auf europäischer Ebene auskennen wurde festgestellt: Die deutsche Gesundheitsreform befindet sich auf Abwegen - Osteuropa lässt grüßen. Auf einem Blick: Steuerfinanzierte und staatsgelenkte Gesundheitssysteme sind in Europa gescheitert. Deutsche Pläne für die Gesundheitsreform würden Rückschritte in der Versorgung bedeuten. Bürger anderer Länder wären froh über eine Versorgung wie sie es in Deutschland bisher gegeben hat.

### Das sind die Eckpunkte der Gesundheitsreform

Die geplante Gesundheitsreform könnte so manches in Bewegung bringen. Die wichtigsten Änderungen die diese Reform im Falle ihrer Umsetzung bewirken haben wir hier zusammengestellt. Was davon tatsächlich umgesetzt wird stand zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht fest.

#### Versicherte

Alle Nichtversicherten erhalten eine Rückkehrmöglichkeit in ihre jeweils letzte Versicherung (gesetzlich oder privat). Versicherte erhalten ein *Wahlrecht zu einer Vorsorge- und Re-*

Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

*habilitätseinrichtung*, die zugelassen und entsprechend zertifiziert ist. Fallen dabei Kosten an, die über die Vertragseinrichtungen hinaus gehen, sind die Mehrkosten vom Versicherten zu tragen. Die Möglichkeiten der Versicherten zur Wahl der Kostenerstattung werden entbürokratisiert und flexibilisiert.

#### Zusätzliche Leistungen werden angeboten:

*Häusliche Krankenpflege* wird auch in neuen Wohngemeinschaften und Wohnformen und in besonderen Ausnahmefällen auch in Heimen erbracht. *Empfohlene Impfungen werden Pflichtleistungen*, die alle Kassen anbieten müssen. *Mütter-/Väter-Kind-Kuren* werden ebenfalls Pflichtleistungen. In der *Geriatric* werden ambulante und stationäre Rehabilitationsleistungen Pflichtleistungen. Die Geriatric Rehabilitation wird Pflichtleistung. Verbessert wird auch die Palliativversorgung (die Versorgung schwer erkrankter Menschen ohne Aussicht auf Heilung).

Bei *selbstverschuldeter Behandlungsbedürftigkeit* in besonderen Fällen, wie bei Komplikationen durch Schönheitsoperationen, Piercings, Tätowierungen, müssen die Kassen künftig stärker von der Möglichkeit der Leistungsbeschränkung Gebrauch machen.

Vor allem Versicherte in den Altersgruppen von 45 und 55 Jahren sollen durch eine *Bonus-/Malus-Regelung* nach dem Vorbild der Vorsorgecheckhefte beim Zahnarzt zur stärkeren *Inanspruchnahme von medizinischer Früherkennung und Vorsorgeleistungen* motiviert werden.

Mit einem *Präventionsgesetz* wird die Prävention zu einer eigenständigen Säule der gesundheitlichen Versorgung aufgebaut. Die *Arzneimittelpreisverordnung* wird auf Höchstspannen umgestellt. Dann hat der Apotheker die Möglichkeit, auf Zuzahlungen ganz oder teilweise zu verzichten (die Kasse erhält nach wie vor die volle Zuzahlung).

Alle Kassen müssen künftig *Hausarztmodelle* anbieten. Jeder Versicherte erhält die Möglichkeit eines Hausarztmodells auch ohne Kassenwechsel.

Die *integrierte Versorgung* wird weiter ausgebaut. Pflegeversicherung und nicht ärztliche Heilberufe können integriert werden.



#### Gesundheitsfonds

Der Gesundheitsfonds soll zum Kern der Finanzströme der neuen Gesundheitsversicherung werden. Vorgehen ist, dass die Kassen nicht mehr über die Höhe der Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber bestimmen. Diese sollen voraussichtlich ab dem Jahre 2009 in den Fonds fließen. Für jeden Versicherten erhalten die Kassen aus dem Fonds dann einen einheitlichen Betrag. Außerdem werden die je nach Kasse unterschiedlichen Risiken wie Alter oder Krankheit der Versicherten durch eine der Höhe des Risikos entsprechende ergänzende Zuweisung ausgeglichen. Für Kinder gibt es einen einheitlichen Betrag, der die durchschnittlichen Kosten deckt. Ab 2008 soll die Gesetzliche Krankenversicherung Mittel aus dem Steueraufkommen erhalten. In den Folgejahren werden wachsende Zuschüsse in die Gesetzliche Krankenversicherung fließen. 2008 werden das 1,5 Milliarden € sein, 2009 drei Milliarden €. Diese Mittel dienen unter anderem der beitragsfreien Mitversicherung von Kindern.

#### Krankenkassen

Krankenkassen können bislang für alle Versicherten geöffnet oder für einen begrenzten Personenkreis geschlossen sein. Künftig werden alle Kassen für den Wettbewerb geöffnet. Ein Krankenkassenspitzenverband auf Bundesebene mit zentralen wettbewerbsneutralen Aufgaben schließt für alle Kassen gültige Verträge und Vereinbarungen auf Bundesebene.

#### Arbeitgeber

Die Beitragssätze werden gesetzlich fixiert. Die Verteilung der Beitragslast entspricht der heutigen Relation.

Auch für Ärzte, Krankenhäuser und Apotheken ergeben sich zahlreiche Änderungen. Neue Regelungen treffen auch die private Krankenversicherung.

#### Änderungen im privaten Krankenkassensystem

Privatpatienten müssen künftig mit deutlich höheren Krankenversicherungsprämien rechnen. Dies geht aus einem Arbeitsentwurf zur Gesundheitsreform hervor. Sollte die Reform

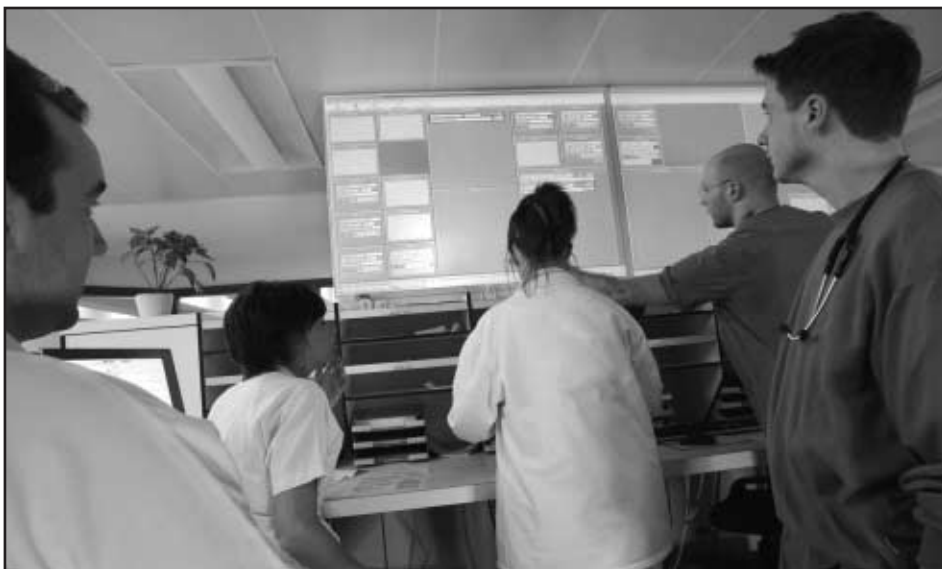


umgesetzt werden, können die Beiträge für jüngere Leute bis zu 37 % steigen. Die privaten Versicherer stehen unter Druck und wehren sich massiv gegen diese Pläne. Weitere umstrittene Punkte sind bei der PKV ein Basistarif der angeboten werden muss, sowie die angesparten Altersrücklagen bei Wechsel der Versicherten innerhalb der PKV.

Quellen:

"Dienst für Gesellschaftspolitik" 47-06 und TK - Berater Nr. 3/2006.

## Gesundheitsreform und die Krankenhäuser



Die Reform des Gesundheitswesens geht weiter und wenn auch mit einer Verschiebung, so werden wir in 2007 mit weiteren massiven Einschnitten in allen Bereichen rechnen müssen. Wir erleben in Deutschland diese Reform mehr als gigantisches Sparprojekt der Bundesregierung, weniger als wirkliche Reform des Gesundheitswesens. Es wird immer mehr deutlich, dass es in erster Linie gilt, Kosten zu sparen und die Kostenverursacher, sei es Patienten, Ärzte oder Gesundheitseinrichtungen, einzuschränken. Der Patient erlebt dies bei seinem Besuch beim Hausarzt durch verschiedenste Erlebnisse, sei es, dass die Ärzte weniger Zeit für die Patienten haben, sei es aber auch, dass viele wirkungsvolle Medikamente in Form eines Privatrezeptes verschrieben werden, das der Patient dann in der Apotheke selber bezahlen muss.

Wir erleben es, indem wir spüren, dass zahlreiche Leistungen nicht mehr von den Krankenkassen übernommen werden oder übernommen werden dürfen. Man spürt trotz steigender Kassenbeiträge, dass die Leistungen aus diesen Kassen weniger werden. Man sieht aber auch, dass die Kosten im Einkauf, z.B. für Medikamente, stetig steigen und jeder zaghafte Versuch, dies zu bremsen, nicht lange wirkt und vorhält.

Es ist unverständlich, warum die Gewinnspannen in der Medizin oder Pharmaindustrie ungebremst nach oben klettern, während viele Bürger aufgrund steigender Zuzahlungen Eigenanteile oder eigenfinanzierter Medikamente gezwungen sind, sich jeden Arztbesuch genau zu überlegen.

Die Krankenhäuser und die Beschäftigten erleben die Gesundheitsreform in manchen Bereichen noch drastischer. Neben den oben geschilderten Belastungen, die jeden von uns persönlich treffen, merken wir auch in unserem Beruf, in unserer Tätigkeit in den Krankenhäusern, dass mit massiven Einschnitten versucht wird, die Kosten in den Griff zu bekommen.

Die Ausgaben der Krankenhäuser steigen vielerorts um 10 % aufgrund Steigerung in der Mehrwertsteuer, in den Versicherungen, den Steuern und in den Materialien. Die Einnahmen sinken stetig, so dass die Krankenhäuser gezwungen sind, Personaleinsparungen zu tätigen, um ein Überleben zu sichern.

Wir erleben immer wieder, dass Patienten aus Angst um ihren Arbeitsplatz spät zu einer medizinischen Behandlung kommen und möglichst frühzeitig wieder entlassen werden wollen,

um ihre Fehlzeiten in den Betrieben zu minimieren. Im Laufe der letzten Jahre haben sich die Anzahl der Betten in Deutschland drastisch gesenkt, nicht zuletzt auch aufgrund der Kürzung der sog. Verweildauer, d.h. die Patienten verbringen weniger Zeit im Krankenhaus, dadurch erhöht sich aber auch die Arbeitsnotwendigkeit am einzelnen Patienten deutlich. Demgegenüber wird aber Personal abgebaut und die Leistungsanforderungen steigen bei unseren Beschäftigten stetig an. Dieser Trend, der seit Jahren besteht, setzt sich fort.

Es werden in den nächsten Jahren zahlreiche Krankenhäuser, die in ihrer Struktur nicht mehr änderbar sind, gezwungen sein, zu schließen. Die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung wird auf Dauer in dieser Art und Weise nicht mehr sichergestellt werden können. Aufgrund der gestiegenen Mobilität ist dies in manchen Regionen bis zu einem gewissen Maß sicherlich auch hinnehmbar. Allerdings beginnen die Probleme ja bereits in den Krankenhäusern vor Ort, die letztendlich übrig bleiben.

Aufgrund der gestiegenen Kostensituation, der reduzierten Personalzahlen und aufgrund der Senkung der Budgets durch die Krankenkassen wird es auf Dauer nicht mehr möglich sein, die bisher gewohnte und erwartete Qualität zu leisten. Den Beschäftigten der Krankenhäuser, seien es Ärzte, Pflegende oder Versorgungspersonal, fehlt schlichtweg die Zeit, ihren Aufgaben entsprechend nachzukommen. Und hier entsteht ein Druck bei den Beschäftigten, der auf Dauer nicht auszuhalten ist: einerseits der persönliche Wunsch nach qualitativ hochwertiger Arbeit mit der Möglichkeit der Zuwendung hin zum Patienten und andererseits die Einschränkungen im Personalbereich und dadurch die fehlende Zeit, sich jedem Patienten zuwenden zu können. Zu diesen Problemen gesellt sich auch noch der Aufbau einer Bürokratie in den Einrichtungen des Gesundheitswesens, die wiederum Zeit für die Betreuung der Patienten

Fortsetzung auf Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

wegnimmt. Zahllose Institutionen fordern Dokumentationen und Bürokratismus im Krankenhaus, für die in keinsten Art und Weise seitens der Kostenträger Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Viele Ärzte und Pflegende empfinden sich deshalb bereits mehr als Verwalter der Patientendokumentation als als Hilfsperson für die Menschen, die von ihnen versorgt werden wollen. Viele Mitarbeiter kompensieren diese Problematik durch Mehreinsatz, durch Überstunden, die nicht aufgezeichnet werden, durch Tätigkeiten, die sie in die Freizeit verlagern, um während der regulären Arbeitszeit noch ausreichend Zeit für den Patienten zu haben.

Auf Dauer kann diese Situation nicht aufrechterhalten werden. Statistisch ist auch im Gesundheitswesen ein deutlicher Anstieg der psychosomatischen Erkrankungen der dort Beschäftigten ersichtlich und dass die Fehlzeitenquoten nur sehr zögerlich ansteigen, lässt sich - wie auch bereits oben erwähnt - mit der Angst um den Arbeitsplatz begründen.

Auf Dauer gesehen müssen die Gelder, die im Gesundheitswesen zur Verfügung stehen, besser und sinnvoller kanalisiert werden: weg von der Gewinnsteigerung für die Industrie hin zum Patienten, dort wo diese Gelder benötigt werden. Sollte dies seitens der Politik nicht gewünscht sein, so muss den Bürgern deutlich gemacht werden, dass sie mit Einschränkungen in der medizinischen Versorgung auch in den Krankenhäusern leben werden müssen, dass es Leistungen gibt, die seitens der Kostenträger auch in den Krankenhäusern nicht mehr übernommen werden können. Die Ansprüche an die Medizin und an die Versorgung, auch im stationären Bereich, steigen. Die Bereitschaft, diese Ansprüche zu honorieren, sinkt.

Es ist an der Zeit, medizinisch Machbares, medizinisch Sinnvolles, wirtschaftlich Mögliches und Anspruch

spruch mit Honorierung in Gleichklang zu bringen. Hier ist die Politik gefordert, in allen Bereichen mit den gleichen Maßstäben zu rechnen und sich auf das Wesentliche zu besinnen, nämlich auf die Gesundheit der deutschen Bevölkerung.

Leider fehlt uns, entgegen der Industrie, für die Patienten und die Beschäftigten im Krankenhausbereich die große Lobby.



Josef Nikl  
GÖD Landesvorsitzender in Bayern

Der Autor des Artikels ist Betriebsratsvorsitzender der Krankenhaus Lkr. Passau GMBH

## Richtigstellung

Leider ist der Redaktion in der Letzten Auflage ein Fehler unterlaufen. Auf Seite 7 der Ausgabe 03/06 "Neues aus dem Bundesvorstand" wird der Kollege Heinz Wessling als Vorsitzender der Betriebsgruppe benannt. Das ist leider falsch. Betriebsgruppenvorsitzender ist unser Kollege **Theodor Remminghorst**. Allerdings ist es richtig, dass der Kollege Wessling den Besuch des geschäftsführenden Bundesvorstandes organisiert hatte.

Die Redaktion

GÖD  
Bayern

**Wir  
gratulieren!**

**Staatssekretär Franz Meyer, MdL**, zur Verleihung des Bayerischen Verdienstordens. Finanzstaatssekretär Franz Meyer, MdL, aus Vilshofen ist seit Januar 1976 Mitglied unserer GÖD.

Mit dem Bayerischen Verdienstorden werden seit 1957 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für herausragendes bürgerschaftliches Engagement für den Freistaat und seine Menschen geehrt. 2000 lebende Preisträger dürfen es laut Gesetz maximal sein. Zu den Geehrten gehörte dieses Jahr auch Staatssekretär Franz Meyer, der seit 1990 Mitglied des Bayerischen Landtages ist und aus der Hand des bayerischen **Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber** die höchste Ehrung durch den Freistaat Bayern im Antiquarium der Residenz in München entgegennahm. Stoiber sagte: "Mit dem Bayerischen Verdienstorden ehrt der Freistaat Bayern all diejenigen, die sich mit besonderer Leistung um ihre Heimat, ihre Mitmenschen und unser Gemeinwesen verdient gemacht haben. Der Bayerische Verdienstorden ist ein Symbol für bürgerschaftliches Engagement. Seit 49 Jahren steht er für die mehr als tausendjährige Geschichte und Tradition Bayerns".

**Ernst Pöppl** wurde mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland für sein langjähriges sozialpolitisches Engagement ausgezeichnet. Ernst Pöppl ist langjähriges Mitglied im Bezirksverband München - Oberbayern, und war auch schon Tagungspräsident eines GÖD Bundeskongresses. Er gehörte zeitweise dem Deutschen Bundestag als Abgeordneter an. Er führte 23 Jahre lang den Bezirk Oberbayern der CSA Arbeitnehmer Union der CSU. Dem CSA Landesvorstand gehörte er viele Jahre an, und dort arbeitet er noch heute im Vorstand mit. Ernst Pöppl ist einer der "Väter" der gesetzlichen Pflegeversicherung.



## 50 Jahre Tierheim München

*Auch Exoten und Wildtiere gehörten zu den "Gästen"*

Am 01.12.1956 wurde das Tierheim an der Riemer Str. 270 seiner Bestimmung übergeben. Seither konnte über 250.000 Tieren geholfen werden. Doch nicht nur den Hunden, Katzen und Kleintieren half das Tierheim, sondern in diesen 50 Jahren beherbergte es auch immer wieder Exotische Tiere wie Affen, Löwen, Tiger, Krokodile und Bären um nur einige zu nennen. Im Tierheim finden zudem jedes Jahr mehrere hundert Wildtiere Aufnahme die ohne Hilfe nicht überleben würden.

Weil Tierschutz aber auch Menschen-schutz ist, hilft das Tierheim auch immer wieder Menschen in dem jährlich etwa 500 junge Menschen hier ein Praktikum absolvieren um entweder den Beruf des Tierpflegers kennen zu

lernen oder um wieder eine Tagesstruktur zu bekommen welche es Ihnen ermöglicht im Leben wieder Fuß zu fassen.

Seit dem 1. Dezember 2006 gibt es im Tierheim eine Ausstellung mit einem kleinem Einblick in die geleistete Arbeit. Und wenn wir auch bereits in der Welttierschutzwoche am 5.Oktober des 50 jährigem Bestehens gedacht haben, so wurde auch am 17.Dezember bei unserer Weihnachtsfeier im Tierheim darauf eingegangen.Die Arbeit für unsere Tiere konnte und kann nur geleistet werden weil es immer wieder Spender gibt die das Überleben des Tierheimes sichern, denn Unterstützung durch staatliche oder städtische Stellen gibt es nicht. Der Tierschutzverein und das

Tierheim brauchen, um die gute Arbeit auch weiterhin fortsetzen zu können, die Hilfe jedes Einzelnen.

Karl-Heinz Joachim, Tierheimleiter

Der Vorstand des GÖD Landesverbandes Bayern und der GÖD Bundesvorstand schließen sich der Reihe der Gratulanten an und wünschen dem Tierheim München auch weiterhin viel Erfolg bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben des Tierschutzes. Die GÖD ist mit einer großen Betriebsgruppe beim Tierschutzverein München vertreten und hat seit 2003 als alleiniger Tarifpartner des Tierschutzverein München e.V. einen Haustarifvertrag für das Tierheim München und die Außenstelle Kirchasch.



von links nach rechts: Johannes Koch, Jens-Uwe Matzen, Rüdiger Wiesner, Karsten Schubert, Hans-Christian Petersen und Sönke Jensen

Zum traditionellen Grünkohlessen, heuer in Silberstedt konnte die Vorsitzende vom Ortsverband Schleswig, Lisa Hiller, über 90 Teilnehmer begrüßen. Für Unterhaltung sorgten Paul O.Nissen und der Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr Kropp.

In diesem feierlichen Rahmen wurden die Ehrungen des Landesverbandes durchgeführt. Mit der goldenen Ehrennadel mit Eichenlaub wurde Jens-Uwe

Matzen für 40-jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet. Mit der goldenen Ehrennadel für 25-jährige Mitgliedschaft wurden in diesem Jahr Karl-Heinz Arndt, Friedrich Dittli, Walter Reinecke. Klaus Dieter Schulz und Gerhard Schwarz geehrt.

Mit der silbernen Ehrennadel für 10-jährige Mitgliedschaft wurden Maren Bahnsen, Herbert Bruhn, Peter Glau-sen, Heino Doms, Marita Jensen, Inge-

marie Katzenberger, Dieter Krause, Kirsten Michelsen, Greger Nissen, Werner Oehlert, Werner Scheve, Lis Tillenkamp, Ellen Zubrycki, Eberhardt Dux, Joachim Eisele, Michael Hutans, Dirk Lindemann, Konrad Bumann-Boll, Rudolf Buttgereit, Gerhard Denker, Gerhard Hoyer, Dieter Kunze, Klaus Runge, Heiko Sager und Hans-J. Schwenck geehrt.

Der Landesverband startete eine Mitgliederwerbekampagne. Für vollzeitbeschäftigte Mitglieder gibt es eine Werbepremie von 25 Euro und für nicht Vollzeitbeschäftigte neue Mitglieder von 15 Euro.

Der Betriebsratsvorsitzende vom Bw. Fuhrpark Service, Rüdiger Wiesner und sein Stellvertreter Dirk Eggers spendeten Ihre Werbepremien von zusammen 825 Euro an den Förderkreis für krebskranke Kinder und Jugendliche e.V. Der Betrag wurde vom Landesverband auf 1000 Euro aufgestockt. Rüdiger Wiesner übergab den Scheck im Rahmen der Veranstaltung an den Vorsitzenden des Förderkreises, Herrn Karsten Schubert aus Kiel. Es war eine rundherum gelungene Veranstaltung.



## Versammlung der Gliederungen in Lippstadt Einsparungen im Personalbereich?

Bei der Landesvorstands-Tagung der GÖD in Eickelborn ging es auch um die Kürzung der Gelder im Maßregelvollzug und erhöhte Ausgaben in den Kliniken Eickelborn.

Der Landesverband NRW der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) veranstaltete gemeinsam mit den Vorsitzenden der Bezirks- und Ortsverbände aus Nordrhein-Westfalen in Eickelborn eine Tagung. Jürgen Cremer, stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes, eröffnete die Sitzung in den Räumen der LWL-Einrichtung in Eickel-

born. Der Vorsitzende des Ortsverbandes Lippstadt/Warstein der GÖD, Wolfgang Schlierenkämper, gab Erläuterungen zu den LWL-Einrichtungen an den Standorten Eickelborn und Warstein. Ergänzt wurden seine Ausführungen durch Christa Kowatz (Eickelborn) aus den Westfälischen Kliniken, die gleichzeitig Vertrauensfrau der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen ist.

Hervorgehoben wurden während der Tagung die Kürzung der Gelder im Maßregelvollzug durch das Land NRW und die erhöhten Ausgaben in

den Kliniken aufgrund der Tarifabschlüsse des Marburger Bundes (Ärzte), was zu Kürzungen im gesamten Personalbereich führen könnte.

Der GÖD-Landesvorstand will sich in den Ministerien des Landes NRW in Kürze mit Themenbereichen wie Kürzung der Lebensmittel im Maßregelvollzug, Personalmangel (hier besonders im ärztlichen/therapeutischen und pflegerischen Bereich), dem ÖPNV und Nachbesserungen des TVöD beschäftigen.

Quelle: Patriot Lippstadt, 29.11.06

# Politik entdeckt den **Investivlohn!**



Man reibt sich verwundert die Augen. Was die christlichen Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten fordern, und worüber sie von Sozialisten und der Einheitsgewerkschaft stets belächelt wurden, wurde von der Politik, genauer gesagt von der CDU und der CSU jetzt auf die politische Agenda gesetzt. Der Investivlohn ist wieder entdeckt worden. Das bayerische Kabinett will Anfang des Jahres 2007 Eckpunkte für eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer an Gewinn und Kapital von Unternehmen beraten, und dann ein Modell für die Einführung von Investivlohn einführen.

"Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, dies umzusetzen", sagte Ministerpräsident Edmund Stoiber nach einer Kabinettsitzung im Dezember 2006. "Das ist eine politische Antwort auf die Globalisierung" so Stoiber; Weil die aufstrebenden Wirtschaftsräume vor allem in Asien immer mehr Kapital brauchen, stiegen die Kapitalerträge heute deutlich stärker als die Einkommen. Die Löhne jedoch können damit nicht Schritt halten. "Der Investivlohn ist ein Ansatz für Gerechtigkeit in der Globalisierung, weil die höheren Gewinne mit der Lohnentwicklung zu einem gerechteren Ausgleich gebracht werden können.", erklärte er und fügte hinzu: "Bei Managern und führenden Angestellten ist dieses Element der Beteiligung am Erfolg des Unternehmens ja seit Jahren selbstverständlich, und es ist richtig und gerecht dieses Element auf alle Arbeitnehmer zu erstrecken".

Tatsache ist, dass Deutschland bei den Mitarbeiterbeteiligungen weit hinten rangiert. Die Probleme sollte man dabei jedoch auch bedenken. Experten warnen vor dem Risiko das Arbeitnehmer mit einer Beteiligung am eigenen Betrieb eingehen. Bei Insolvenz sind der Arbeitsplatz und die Einlage zugleich verloren. Schließlich muss

für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst erst einmal ein Modell entwickelt werden, dass auch diesen eine gerechte Alternative bieten kann. Es wird keine leichte Aufgabe sein den Gedanken eines Investivlohns in die Tat umzusetzen.

Götz Beyer

**56.000 Leser  
zielgerichtet erreichen.**

**Hier könnte Ihre  
Werbung stehen!**



**Information erhalten Sie über  
unser GÖD Hauptstadtbüro**

## Wichtiger Hinweis!

Ändert sich Ihre Adresse demnächst, haben Sie ein fehlerhaftes Exemplar erhalten oder haben Sie sonstige Reklamationen?

Dann informieren Sie uns bitte!  
(Adresse siehe Kontakt / Vertrieb im Impressum auf Seite 2)



## Hier hilft man Ihnen weiter! Geschäftsstellen:

### Bundesgeschäftsstelle:

Goethestraße 28 · 80336 München  
Tel.: 089/53 25 50  
Fax: 089/53 65 29  
e-Mail: info@goed-online.de  
Ansprechpartner: Raymund Kandler

### Hauptstadtbüro/

#### Regionalverband Nordost

Obentrautstr. 57 · 10963 Berlin  
Tel.: 030/21 02 17-33  
Fax: 030/21 02 17-40  
e-Mail: goed-berlin@t-online.de  
Ansprechpartner: Wolfgang Schneider

### Landesverband Baden-Württemberg:

Postfach 700151 · 70571 Stuttgart  
Tel.: 0711/24 50 80  
Fax: 07932/60 42 68  
e-Mail: goed-bw@web.de  
Ansprechpartner: Helmut Renner

### Landesverband Bayern:

Goethestraße 28 · 80336 München  
Tel.: 089/53 25 50  
Fax: 089/53 65 29  
e-Mail: goed-bayern@t-online.de  
Ansprechpartner: Raymund Kandler

### Landesbezirk Berlin Brandenburg

Obentrautstr. 57 · 10963 Berlin  
Tel.: 030/21 02 17-33  
Fax: 030/21 02 17-40  
e-Mail: goed-berlin@t-online.de  
Ansprechpartner: Markus Bolsch

### Regionalverwaltung Nordwest:

#### (Bremen und Hamburg)

Breitenweg 25 · 28195 Bremen  
Tel.: 0421/32 33 31  
Fax: 0421/32 33 21  
e-Mail: goed-nordwest@gmx.net  
Ansprechpartner: Peter Rudolph

### Landesverband Niedersachsen:

Wacholdergrund 44 · 29663 Munster  
Tel.: 05192/65 35  
Fax: 05192/88 89 34  
Ansprechpartner: Peter Dukitsch

### Landesverband Nordrhein-Westfalen:

Konstantinstraße 13 · 53179 Bonn  
Tel.: 0228/3 50 55 99  
Fax: 0228/3 50 57 63  
e-Mail: goed-nrw@t-online.de  
Ansprechpartner: Franz Heitbaum

### Regionalverband Südwest:

#### Hessen, Rheinland-Pfalz

#### und Saarland

Eisenbahnstr. 25  
66117 Sarbrücken  
Tel.: 0681/92 72 831  
Fax: 0681/92 72 843  
e-Mail: cgb-saar@t-online.de  
Ansprechpartner: Herbert Fontaine

### Landesbezirk Sachsen:

Grenzstr. 10 · 01462 Dresden  
Telefon: 0351/41 17 452  
Telefax: 0351/45 27 953  
e-Mail:  
hans-juergen.haensel@sz-online.de  
Ansprechpartner: Hans-Jürgen Hänsel

### Landesverband Schleswig-Holstein:

Westerfeld 8 · 25864 Löwenstedt  
Tel.: 04673/56 7  
Fax: 04673/96 24 25  
Ansprechpartner: Sönke Jensen



### CSA in Regensburg

Wirtschaftliche Kompetenz mit sozialer Sensibilität verbinden, das war das Leitthema der Landesversammlung der CSA Arbeitnehmer Union in der CSU am 25. November 2006 in Regensburg. Als Vorsitzender wurde wiedergewählt Bundesminister Horst Seehofer. Als einer der Stellv. Vorsitzenden wurde wiedergewählt Konrad Kobler, MdL, ehemaliger GÖD Landesvorsitzender in Bayern.

In den Landesvorstand wurden u.a. gewählt: Der CGB Bundesvorsitzende Matthäus Strebl, der CGB Landesvorsitzende in Bayern Kurt Schreck, und unsere GÖD Kollegin Angelika Heimstädt aus Augsburg.



*Der gesamte GÖD Bundesvorstand  
wünscht frohe Weihnachten und  
ein gutes neues Jahr 2007*